

Arne Mengel  
Öftenhävener Weg 11  
18184 Steinfeld

Ostsee-Zeitung GmbH & Co. KG  
Chefredakteur  
Herrn Andreas Ebel  
Richard-Wagner-Str.1a  
18055 Rostock

Steinfeld, 19. September 2012

Betreff:

**Artikel und Kommentar von Michael Schißler in der „Ostsee-Zeitung“ vom 19.09.2012**

Sehr geehrter Herr Ebel,

in der heutigen Ausgabe der „Ostsee-Zeitung“ auf Seite 14 erhebt Ihr Redakteur Vorwürfe gegen die Initiatoren eines Bürgerbegehrens in der Gemeinde Steinfeld und macht sich über sie lustig. Ich bin einer dieser Initiatoren.

Herr Schißler wird mit diesem Artikel der Verantwortung als Journalist in keiner Weise gerecht. Der Artikel ist schlecht recherchiert. Er strotzt vor unkommentierten Falschaussagen. Äußerungen der Gesprächspartner werden ungeprüft als bare Münze genommen. Das hat mit seriösem Journalismus nichts zu tun und ist einseitige Parteiergreifung. Das einzig Wahre an diesem Artikel ist die Aussage, dass der Fusionsvertrag zwischen Steinfeld und Broderstorf bereits unterschrieben ist und dass 102 Steinfelder Bürger mit ihrer Unterschrift einen Bürgerentscheid zur Gemeindefusion zwischen Steinfeld und Broderstorf fordern.

Gelogen sind dagegen Passagen aus dem Artikel wie „Bürgermeister Jürgen Müller wies zurück, jemals von einer feierlichen Unterzeichnung gesprochen zu haben.“ In einem mit „Der Bürgermeister informiert“ überschriebenen offiziellen Mitteilung skizziert eben dieser Bürgermeister den weiteren Ablauf der Fusion unter anderem mit dem Satz: *„...In Auswertung der Anhörung, der weiteren gemeinsamen Verhandlungen mit den Vertretern der Gemeinde Broderstorf wird der endgültige Gebietsänderungsvertrag in der Gemeindevertretung erneut beraten. Vorgesehen ist, dass die Beschlüsse bis 31.08.2012 gefasst werden, bis **30.09.2012 die feierliche Unterzeichnung stattfindet und die Genehmigung bei der Rechtsaufsichtsbehörde in Folge beantragt wird...**“* Das Mitteilungsblatt können wir Ihnen gern zur Verfügung stellen.

Statt sich darüber zu mokieren, dass Bürger ihr gesetzlich verbrieftes Recht in Anspruch nehmen wollen, bei wichtigen Beschlüssen wie einer Gemeindefusion mit zu entscheiden, hätte sich Ihr Redakteur besser die Frage gestellt, wozu es Gesetze zu Bürgerentscheiden gibt, wenn diese dann faktisch unmöglich gemacht werden. Am 08.08.2012 wurde in der Sitzung der Gemeindevertretung der Vertragsentwurf zur Eingemeindung mit einer Stimme Mehrheit beschlossen. Wir kündigten noch während der Gemeinderatssitzung bei unserem Bürgermeister und bei der LVB unseres Amtes an, dass wir ein erneutes Bürgerbegehren starten würden. Laut einem Erlass des Innenministerium M/V aus dem Jahr 2004 ist erst ab der Beschlussfassung über den Fusionsvertrag ein Bürgerbegehren möglich. Erst jetzt konnte eine Unterschriftensammlung beginnen. Trotz des Wissens um das Bürgerbegehren und entgegen aller offiziellen Ankündigungen wurde der Vertrag bereits am 09.08.2012 von den Bürgermeistern unterzeichnet. Übrigens in aller Stille. Weder in der „Ostsee-Zeitung“ noch sonst irgendwo wurde dieses Ereignis publiziert. Warum wohl? Wo doch sonst solche Ereignisse immer gern inszeniert werden. Mit der Unterzeichnung wurden also einfach Fakten geschaffen. Man weiß ja nie, was die Bürger so entscheiden. Das ist Demokratie absurd.

Ich gehe davon aus, dass auch Sie als Chefredakteur bei der geschilderten Vorgehensweise Bauchschmerzen haben. Professor Roland Geitmann hat sich u.a. mit einem Leitfaden zu Bürgerentscheiden/Bürgerbegehren einen Namen gemacht. Er beurteilt den Vorgang wie folgt: *„wenn Sie tatsächlich, so wie von Ihnen geschildert, hinters Licht geführt wurden, die Vertragsunterzeichnung für den 29. 9. angekündigt, aber bereits am 9. 8. 2012 heimlich vollzogen wurde, um Ihr Bürgerbegehren zu unterlaufen, dann ist dies ein Skandal, der dramatische Protestreaktionen rechtfertigt, neben Rücktritten auch eine Aufsichtsbeschwerde nahelegt und Ihren Bürgermeister hoffentlich spätestens bei der nächsten Wahl aus dem Amt fegt.“*

Ich hoffe, dass Ihr journalistischer Spürsinn Ihnen sagt, dass an dieser Geschichte viel mehr dran ist, als das Potenzial sich über uns hinters Licht geführte Initiatoren lustig zu machen. „Posse“ und „zu belächeln“ und „sinnloses Bürgerbegehren“ wird bürgerschaftliches Engagement im Kommentar benannt. Welch ein Demokratieverständnis offenbart sich hier? Ist es wirklich so verwerflich, wenn Bürger über Ihre Geschicke mitbestimmen wollen? Ist es nicht grauenhaft, wie sich gewählte Bürgermeister und Verwaltungsbeamte über jegliche demokratische Fairness hinwegsetzen? Wie sie tricksen und auch vor Lügen nicht zurückscheuen? Sie beklagen in der Zeitung des Öfteren Demokratieverdrossenheit. Genau so entsteht sie. Ich gebe also abschließend meiner Hoffnung Ausdruck, dass die „Ostsee-Zeitung“ die Größe hat, sich nochmals mit dem Thema zu befassen.

Mit freundlichen Grüßen

Arne Mengel